

8. Mai 1945
спасибо!



Roter

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“
Karl Marx

Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg

2-2020

Wir sagen:

Danke!

1. Mai
2020

An die **Pflegekräfte** und alle anderen Beschäftigten in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen medizinischen Einrichtungen; an die **Verkäuferinnen** in den Supermärkten; an die **Sozialarbeiter und Erzieherinnen** in den sozialen

Einrichtungen und der Kita-Notbetreuung; an alle **Beschäftigten der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur**; an die **Handwerker und Kolleginnen und Kollegen, die trotz des Coronavirus ihrer Arbeit nachgegangen sind**. Ihr habt bei der Eindämmung des Coronavirus gezeigt: **Ohne Euch geht in diesem Land nichts!** Ohne die Superreichen und ihre Profitinteressen wäre es hingegen möglich gewesen, frühzeitig und entschieden den Coronavirus zurückzudrängen.

Obwohl die Merkel-Regierung seit Wochen wusste, dass es darum gehen muss, sich mit allen Kräften gegen die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus zu stemmen, brachte Gesundheitsminister Spahn nicht mehr zustande, als selbstgefällig zu verkünden, man sei auf

den Coronavirus „gut vorbereitet“. Jetzt ist klar: Nichts war oder ist gut vorbereitet. In Deutschland mit 83 Mio. Einwohnern sind mittlerweile genauso viele Menschen an Covid-19 verstorben wie in der Volksrepublik China – mit 1.393 Mio. Einwohnern.

→ Fortsetzung Seite 2



Frieden & Freundschaft mit China!

Chinas erfolgreicher Kampf gegen den Coronavirus verpflichtet zu Dank.

Um von ihrem eigenen Versagen abzulenken bei der Pandemiebekämpfung, hetzen die Herrschenden hierzulande nun gegen China, indem sie ausgerechnet die Volksrepublik für die Ausbreitung von Covid-19 verantwortlich machen. Fakt ist: Bereits am 31. Dezember 2019 hat China die WHO über Fälle von Lungenentzündung unbekannter Ursache in Wuhan informiert – ab dem 3. Januar informierte China regelmäßig über den Verlauf und zählte zu dieser Zeit 44 infizierte Patienten. Innerhalb einer weiteren Woche wurde der Virus SARS-CoV-2 identifiziert und die Genomsequenzen wurden international veröffentlicht. Dadurch verschaffte China der gesamten Welt einen wertvollen Vorsprung, um sich auf Covid-19 vorzubereiten. Durch konsequente Quarantänemaßnahmen, wodurch großer wirtschaftlicher Schaden in Kauf genommen wurde, konnte Covid-19 in Wuhan gestoppt werden. Nun exportiert die Wuhan-Region Schutzkleidung in andere Länder – auch nach Deutschland. Dafür danken wir der Volksrepublik China und wenden uns gleichzeitig gegen jede NATO-Aggression, die China ins Fadenkreuz nimmt. ■



Der 1. Kongress der 1889 gegründeten II. Internationale verkündete den 1. Mai 1890 zum Kampftag der Werktätigen. Der Kongress trat am 14. Juli 1989, genau 100 Jahre nach dem Sturm auf die Bastille, dem Beginn der Französischen Revolution, unter der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ zusammen. Er stellte sich von Anfang an auf den Boden des Marxismus. Er stellte sich die Aufgabe, die Entwicklung marxistischer Massenparteien in den einzelnen Ländern zu fördern und das internationale Proletariat für den Kampf um die proletarische Revolution vorzubereiten.

Der 1. Mai wurde im Zeichen des Kampfes gegen soziale und nationale Unterdrückung und Ausbeutung und der internationalen Solidarität der Arbeitenden ausgerufen. Er wurde als trotziges Fanal der Welt des Kapitals entgegengestellt. Er sollte das Klassenbewusstsein und die Kampfkraft des Proletariats sowie den gemeinsamen Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung, Militarismus und Krieg stärken. Gleichzeitig mit der Ausrufung des 1. Mai zum internationalen Kampftag wurde in einem weiteren Beschluss die Stellung der Bewegung zu Krieg und Frieden verdeutlicht. Die Erhaltung des Friedens wurde „als die erste und unerlässliche Bedingung jeder Arbeiter-Emanzipation“ bezeichnet. Der Krieg ist „das Produkt der gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse“, hieß es weiter. Das gilt auch heute! In diesem Jahr hat zwar der Coronavirus den Reformern und Frühlingfest-Anhängern in Gewerkschaften und Parteien die Mühen abgenommen, den Klasseninhalt des 1. Mai auszuhöhlen und den Kampftag zum Fest der Apolitischen zu machen. Aber auch deshalb sagen wir: Trotz alledem! ■

→ Fortsetzung von Seite 1

Wie Beschäftigte der Brandenburger Krankenhäuser in einem Offenen Brief an Brandenburgs Ministerpräsident Woidke Anfang April feststellten, fehlt es an Allem im Gesundheitsbereich: Covid-19-Tests, Schutzkleidung und vor allem Personal. Wohin diese Zustände führen, zeigt sich nun im Potsdamer Klinikum Ernst von Bergmann (EvB): Covid-19 hat sich unkontrolliert im Klinikum verbreitet. Bis jetzt sind 38 Menschen mit dem Virus verstorben.

Covid-19: Bankrotterklärung des Kapitalismus

Fernab der persönlichen Verantwortung der Politiker in Regierungsverantwortung hat der Coronavirus innerhalb weniger Wochen die Unfähigkeit kapitalistisch geführter Länder, die Menschen vor Covid-19 und dessen gesellschaftliche Auswirkungen zu schützen, unter Beweis gestellt. Daran kann auch die immer stärker werdene Hetze gegen die sozialistische Volksrepublik China nichts ändern, die Covid-19 erfolgreich eingedämmt hat. Beim Versagen im Kampf gegen die Ausbreitung von Covid-19 zieht sich die Profitlogik als Ursache wie ein roter Faden hindurch:

→ Während die Kolleginnen in den Supermärkten ohne Schutzkleidung arbeiten müssen, fahren Einhandelskonzerne wie ALDI oder die Schwarz-Gruppe (Lidl) Rekordprofite ein.

→ Weil Schutzkleidung fehlt, verlangen Händler Wucherpreise auf Schutzmasken – und diese fehlen, weil die Regierung sich weigert die Kapitalisten mit Zwang anzuweisen, sofort Schutzkleidung aber auch Beatmungsgeräte zu produzieren.

→ Rentner mit Grundsicherung und ALG-II-Bezieher müssen aufgrund geschlossener Tafeln hungern, während die Superreichen und ihre Konzerne mit hunderten Milliarden Euro Steuergelder gerettet werden. Und während Konzerne wie BMW, Daimler oder VW ihre Beschäftigten in die Kurzarbeit schicken, streichen die Aktionäre ihre Dividenden ein.

Die Profitlogik hat versagt. Deshalb muss der 1. Mai 2020 – der Kampftag der Arbeiter – für uns Lohnabhängige ein Auftakt sein, die Konsequenzen daraus zu ziehen: Die Reichen müssen jetzt zahlen – wir müssen das Steuerruder in der Gesellschaft übernehmen! ■

Kommentar

Covid-19: (K)ein Blankoscheck für Demokratieabbau(!)

Richtig ist: Zur Eindämmung von Covid-19 sind Eingriffe in die Bewegungsfreiheit notwendig. Aber richtig ist auch: Durch halbherzige Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 organisiert die Merkel-Regierung einen demokratischen Notstand als Dauerzustand. Während in den Betrieben trotz fehlender Schutzkleidung zur Profitsicherung gearbeitet werden sollte, dürften wir in der Freizeit nicht zu lange auf einer Parkbank sitzen. Doch viel entscheidender: Im Windschatten der Bekämpfung des Coronavirus wurden Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit faktisch außer Kraft gesetzt. Wenn nun in Brandenburg wieder Einkaufszentren geöffnet haben, ist auch die Versammlungsfreiheit wieder vollständig herzustellen – natürlich unter Wahrung des Gesundheitsschutzes. ■





„Danke!“ heißt am 8. Mai „Spasibo!“

Ein Grund zum Feiern: der 75. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und der Einstellung beinahe aller Kampfhandlungen in Europa. Der Sieg über den Hitlerfaschismus wurde erst durch den Mut und die Entbehrungen der Roten Armee möglich.

Sie stellte sich einem übermächtigen Feind und beklagte am Ende des Krieges mehr als acht Millionen Tote in den eigenen Reihen. Doch auch die sowjetische Bevölkerung litt unter dem Einmarsch der Faschisten, ihrer Politik der verbrannten Erde, Erschießungen und Vergewaltigungen. Noch heute gilt unser Dank der Roten Armee und all den sowjetischen Männern und Frauen, die unendliches Leid erfahren haben, um uns vom Hitlerfaschismus zu befreien.

Heute, 75 Jahre nach der Befreiung, ist der Frieden mit Russland wieder brüchig und Deutschland sucht die direkte Konfrontation mit seinen damaligen Befreierern. Zwar wurde das NATO-Kriegsmanöver Defender 2020 aufgrund der Corona-Pandemie runtergefahren. Aber es wurde auch deutlich, dass sich Deutschland und seine Verbündeten auf den Ernstfall – den Krieg gegen Russland – vorbereiten. Auch wird deutlich, dass zwar kein Geld für ein funktionierendes Gesundheitssystem da ist, dennoch zukünftig aber zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die sogenannten Verteidigungsausgaben verwendet werden sollen. Die Rüstung läuft also auf Hochtouren, während private

und staatliche Medien seit Jahren den Feldzug propagandistisch vorbereiten.

Keinen Menschen und keinen Cent den NATO-Kriegen!

Die Leidtragenden einer militärischen Auseinandersetzung werden nicht etwa die sein, die einen Krieg anzetteln, sondern die Arbeiterklasse auf beiden Seiten der Front. Schon jetzt verhindert die Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels notwendige Investitionen in schwache Regionen wie im Osten und in das Gesundheits- und Bildungssystem. Die daraus resultierende Perspektivlosigkeit treibt viele junge Menschen in die Bundeswehr. Es ist daher nicht verwunderlich,

dass die Hälfte der Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen aus ostdeutschen Bundesländern kommen – dabei machen sie gerade einmal 20 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Sie führen die Kriege für diejenigen, denen sie ihre Perspektivlosigkeit zu verdanken haben. Sie sind das Kanonenfutter für die Kriege der deutschen Kapitalisten und ihrer transatlantischen Verbündeten.

Auch 75 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus – am 8. Mai 2020 – müssen wir daran erinnern, dass Deutschland nie wieder seine Waffen gegen Russland richten darf. Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus! ■

Postdam: **NEIN zu NATO-Propaganda!**



Am 10. März demonstrierten Potsdamer Friedenskräfte gegen den Auftritt einer US-Militärband im Nikolaisaal. Dabei wurde von der Bundeswehr, als Veranstalter, im Schulterschluss mit der US-Armee ein klares Propagandaziel verfolgt: Die Akzeptanz des US-Kriegsmanövers „Defender Europe 2020“ zu erhöhen – ein Aggressionsakt gegen Russland mit Deutschland als logistische Drehscheibe. Durch den Coronavirus wurde Defender 2020 zwar runtergefahren, aber keineswegs eingestellt. US-Militär, das bereits nach Europa transportiert worden ist, führt im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin Militärmanöver durch. Bei den NATO-Staaten hat Kriegspolitik gegenüber Gesundheitsschutz eben Vorfahrt ■

DKP

Die **Arbeiterpartei**

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand: Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hart-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit Russland. Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben – in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP. Mach mit! ■

 **Den Roten Brandenburger**
per Mail beziehen oder verteilen?

Einfach eine Mail schreiben an:
info@dkpbrandenburg.de

Impressum & Kontakt

DKP Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg

Mail: info@dkpbrandenburg.de

V.i.S.d.P.: W. Richter · c/o DKP Brandenburg · Carl-Reichstein-Straße 2 · 14770 Brandenburg

Alle Sanktionen *aufheben!*

DKP startet Petition alle Sanktionen aufzuheben, die dem Kampf gegen die Pandemie behindern

Eine entsprechende Petition, die sich an Bundesregierung und Bundestag richtet, hat die DKP auf change.org gestartet. „Die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation behindern den Austausch von Medikamenten, Hilfsmitteln und Fachkräften, sie sind in einer Zeit des notwendigen gemeinsamen Kampfes gegen die Coronapandemie ein Irrsinn“, so der

DKP-Vorsitzende Patrik Köbele. Die DKP kritisiert darüber hinaus die mangelnde Kooperation mit der VR China. Das erfolgreiche Vorgehen Chinas und seine internationale Solidarität im Kampf gegen die Pandemie beweisen die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem planlosen Handeln kapitalistischer Länder. ■

Mehr Infos: dkp.de/dkp-petition/

7 Forderungen der DKP:

1. Kostenlose Covid-19-Tests für alle!

2. Sofortige Ausstattung ALLER Beschäftigten in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Supermärkten, aber auch Produktion etc. mit Schutzkleidung! Dafür:

- Verbot von Wucherpreisen für Schutzkleidung und ggf. entschädigungslose Beschlagnahme von Lagerbeständen.
- Verpflichtung von Unternehmen zur Umstellung der Produktion auf Schutzkleidung, Beatmungsgeräte, notwendige Medikamente etc.

3. 100 % Lohnfortzahlung für alle Beschäftigten in Kurzarbeit!

4. Rettungspaket für:

- die **deutliche Erhöhung der Gehälter** für Pflegekräfte.
- **eine Mindestrente und einen ALG-II-Satz** von 1.200 €.
- **Gewerbetreibende und Kleinunternehmen**, um der Insolvenz zu entgehen.

5. (Wieder-)Verstaatlichung aller Krankenhäuser unter demokratische Kontrolle und Investitionen zur Beendigung des chronischen Personalmangels! Weg mit der Fallpauschale und Wiedereinführung der Selbstkostendeckung! (Wieder-)Aufbau von Polikliniken für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung!

6. Weg mit allen Sanktionen gegen Russland, Syrien, Venezuela u.a. für eine ungehinderte internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Coronavirus!

7. Die Reichen sollen zahlen! Sofortige Einführung einer 5%igen Steuer auf Vermögen ab 1 Mio. € – **runter mit der Rüstung! Weg mit der sog. Schuldenbremse – Rettungspakete für die Kommunen** für Investitionen in Gesundheit, Bildung, Soziales und Kultur im Interesse der werktätigen Menschen.

Um für diese Forderungen protestieren zu können, brauchen wir die **Wiederherstellung des Versammlungsrechts** unter Berücksichtigung des notwendigen Gesundheitsschutzes!